

# SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/220

15. November 1973

Zum "Danke schön" ist es zu früh

-----  
Gustav W. Heinemann noch ein halbes Jahr  
im Amt

Seite 1 / 44 Zeilen

Neue Fragen erfordern neue Antworten

-----  
Zwang zu vielen Konsequenzen aus der Energie-  
Krise

Seite 2 und 3 / 79 Zeilen

Jetzt ist der Bundesinnenminister an der Reihe

-----  
Lob für das reformerische Medienpapier der  
Freidemokraten

Von Dr. Peter Glotz MdB  
Mitglied der Kommission Massenmedien des  
SPD-Vorstandes

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Fußball-WM 1974 im Blickpunkt

-----  
Solidaritäts-Boykott kommunistischer Staaten?

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Deutschen  
Bundestages

Seite 6 / 48 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Zum "Danke schön" ist es zu früh  
-----

Gustav W. Heinemann noch ein halbes Jahr im Amt

Für das herzliche "Danke schön, Gustav Heinemann!" ist es noch viel zu früh. Der dritte Präsident der Bundesrepublik Deutschland ist bis zum 30. Juni 1974 in seinem Amt. Dann wird Gelegenheit und Anlaß genug sein, dem 75jährigen im Namen des ganzen Volkes und aller seiner demokratischen Parteien Dank zu sagen für eine große staatsmännische und menschliche Leistung, die in der Geschichte jedenfalls der Bundesrepublik keinen Vergleich zu scheuen hat.

Die Entscheidung des Präsidenten, sich nicht ein zweites Mal zur Wahl für das höchste Staatsamt zu stellen, hat ein würdiges Echo gefunden, das dem Menschen Heinemann und seinem Verhalten und Handeln entspricht und gerecht wird. Die über das Fernsehen ausgestrahlte Bitte Heinemanns an die Bundesbevölkerung, seine Entscheidung zu billigen, ist überall mit großem Verständnis aufgenommen worden. Der Präsident, der niemals ein bequemer Repräsentant unseres Staates war und ist, hat im ganzen Volke die Zustimmung und den Widerhall gefunden, die es ihm ermöglicht haben, in Deutschland selbst und auch in der ganzen Welt aufmerksames Gehör zu finden. Man wird damit rechnen dürfen, daß Gustav W. Heinemann diese selbst erarbeitete und verdiente Chance auch in den letzten Monaten seiner Amtszeit nützen wird. Es wird der Anlässe noch genug geben, die ein Präsidentenwort erfordern.

Der Politiker Heinemann wird aber auch Verständnis dafür aufbringen, daß nun, da sein Schlußwort gesprochen worden ist, in diesem politisch so hochinteressierten Volke die Frage nach dem Nachfolger in der Villa Hammerschmidt gestellt und durchdiskutiert wird. Noch steht niemand und keine Partei unter akutem Zeitdruck. Die Antwort auf die Frage nach dem würdigsten und dem besten Kandidaten als viertem Bundespräsidenten muß wohl erwogen werden. Das Amt verbietet es, daß die Kandidatenfrage auf dem Markte zerredet wird. Man wird auch den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Karl Carstens mit seiner Aussage, daß diese Kandidatenfrage nicht ins Parteitaktische abgleiten soll, streng beim Wort zu nehmen haben. Das "Danke schön", das wir alle Gustav W. Heinemann zum Abschied mit auf den Weg geben werden, darf nicht Not leiden durch Auseinandersetzungen, die auf den Einzug seines Nachfolgers ins Präsidentenpalais dunkle Schatten werfen müßten. (ee/15.11.1973/ks/wt/ee)

+ + +

## Neue Fragen erfordern neue Antworten

---

### Zwang zu vielen Konsequenzen aus der Energie-Krise

Vielen Europäern wird in diesen Tagen und Wochen bewußt, wie stark sie im Geflecht gegenseitiger Abhängigkeit sind. Über allen Industriestaaten der westlichen Welt lastet die dunkle Sorge vor wachsenden Lücken in der lebenswichtigen Energieversorgung. Der Beschluß der Öl-liefernden arabischen Staaten als den Hauptlieferanten für unseren Kontinent, die eigene Produktion zu drosseln, die Lieferungen bei drastisch erhöhten Preisen zu beschränken und über einzelne Staaten einen schon praktizierten Boykott zu verhängen, erweckt neue Ungewissheiten und Befürchtungen.

Heute erweist sich, wie verwundbar Industriestaaten sind. Es braucht keine Erdbeben und keine sonstigen Naturkatastrophen zu geben, und es bedarf auch nicht der Zerstörungsgewalt eines Krieges, um schwere Erschütterungen im überaus komplizierten Industrie- und Wirtschaftsgefüge eines Staates auszulösen. Schon die Drosselung eines wichtigen Energiestoffes wie des Öls genügt, um die davon betroffenen Staaten zu außerordentlichen Schutz- und Ausweichmaßnahmen zu zwingen. Auf den Bürger in Europa kommen möglicherweise schwere Belastungen zu. Sie müssen damit rechnen, für eine vielleicht längere Zeit mit dem Öldilemma zu leben.

Feststellen muß man: Die Entscheidung der arabischen Staaten aus ihrer Monopolstellung heraus, die sie für viele Staaten der Welt in der Versorgung von Öl haben, und aus anderen Gründen, die hier nicht zu erörtern sind, die Öl-Produktion empfindlich zu verringern, wird zu weitreichenden Veränderungen und Umstellungen führen und nicht ohne Einfluß auf die bisherige Verhaltensweisen der Menschen als Verbraucher und Produzent bleiben. Zunächst gibt es allen Bestrebungen in den westlichen Industriestaaten, die Vereinigten Staaten und das hochindustrialisierte Japan inbegriffen, mächtigen Auftrieb, sich von einem solchen Monopol möglichst unabhängig zu machen. Das braucht seine Zeit. Wir erleben eine forcierte Forschung und Suche nach neuen Energiequellen und deren Benutzung. Eine Welle von Bohrinnseln überflutet die Meere, um nach neuen Erdöl- und Gaslagerstätten zu suchen, wobei viele Milliarden investiert werden. Ein britischer Experte, der es wissen muß, nannte die Summe von 350 Millionen DM, die diese Suche täglich kostet. Das übersteigt selbst die finanziellen Kräfte der größten Mineralölgesellschaften, so daß die beteiligten Staaten bei der Finanzierung wohl beträchtliche Hilfestellung leisten müssen.

Weiter: Es muß eine Antwort darauf erfolgen, ob dem Wachstumsfetischismus, als Charakteristikum allen Industriestaaten eigentümlich, weiterhin gehuldigt werden kann wie bisher. Der Reichtum

der Erde ist nicht unerschöpflich. Die Menschen werden lernen müssen, sparsamer mit Rohstoffen und dem, was daraus erzeugt wird, umzugehen. Der Wohlstand läßt sich nicht grenzenlos vermehren, ohne Raubbau an den Naturschätzen zu betreiben. So liegen im Schatten einer sich abzeichnenden Energiekrise viele Fragestellungen und Konfliktsituationen. Von einem Computer ist wohl darauf keine schlüssige Antwort zu erwarten; sie bleibt der Entscheidungsfreiheit des Menschen und seiner Verantwortung überlassen. So werden die Politiker, Wirtschaftler und Wissenschaftler zu prüfen haben, ob im vermehrten Bau von Kernkraftwerken mit seinen Gefahren, die er für die Umwelt birgt, eine der Hauptlösungen auf die arabische Herausforderung sein kann. Die Diskussion darüber ist nicht abgeschlossen und sie wird leider zu oft emotional geführt, was einer sachdienlichen Entscheidung nicht gerade förderlich ist. Dem Streit von Umweltschützern und Befürwortern eines forcierten Baus von Kernkraftwerken muß die Schärfe genommen werden. Er hat eine neue Dimension erhalten.

In der Zwischenzeit, deren Dauer niemand übersehen kann, sind die westlichen Industriestaaten vor die Notwendigkeit gestellt, den Bedrohungen unmittelbar zu begegnen. Ohne für jedermann empfindliche Einschränkungen wird es nicht gehen. Die Niederländer, gefolgt von Belgien, muten ihrer Bevölkerung schon heute beträchtliche Opfer zu. Andere Staaten, vermutlich auch die Bundesrepublik werden folgen. Unsere auf Wohlstand und Bequemlichkeit ausgerichtete Gesellschaft wird in ihren Grundlagen und in ihrer Selbstsicherheit gewiß nicht erschüttert werden, wenn die bisher uneingeschränkte Benutzung des Autos aus Benzin-Ersparnisgründen begrenzt wird. Die Notwendigkeit, den öffentlichen Nahverkehr zu fördern, drängt sich dann stärker in die Überlegungen der Verkehrsplaner. Unsere Gesellschaftspolitiker stehen vor keiner leichten Aufgabe, und deren Lösung fordert Einfallsreichtum und Phantasie heraus. Hier etwa zu resignieren, wäre das Eingeständnis politischen Versagens. Dazu besteht freilich kein Grund.

Für Probleme dieser Art, die uns alle beschweren und beanspruchen, gibt es kein Patent und keine Rezeptlösung. Nur eines ist gewiß und nicht zu bestreiten: Der Glaube, daß wir auf bisherigen Gewohnheiten weiter beharren können, hat die allergrößte Erschütterung erfahren. Die Industriegesellschaft der westlichen Welt ist gezwungen, neue Wege zu beschreiten und neue Konzeptionen zu entwerfen.

Für Europa bedeutet dies, daß wir alle in einem Boot sitzen. Niemand kann sich mehr, wie Willy Brandt in seiner großen Rede vor den europäischen Gremien in Straßburg sagte, den Luxus unterschiedlicher Meinungen über Grundlagen und Formen einer gemeinsamen Energiepolitik leisten. Hier steht die europäische Solidarität auf dem Spiele. Werden die Staats- und Regierungschefs auf ihrer Tagung Mitte Dezember in Kopenhagen auf gemeinsame Nöte eine gemeinsame Antwort finden?

Albert Exler  
(-/15.11.1973/ks/ex)

+ + +

Jetzt ist der Bundesinnenminister an der Reihe  
-----

Lob für das reformerische Medienpapier der Freidemokraten

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Kommission Massenmedien des SPD-Vorstandes

Die Beschlüsse des FDP-Parteitag zur Medienpolitik lassen sich insgesamt als eine gute Basis für die gemeinsame Arbeit der Koalition am Presserechtsrahmengesetz und an anderen medienpolitischen Vorhaben bezeichnen. Es ist mit Nachdruck zu begrüßen, daß der die Zusammenarbeit von SPD und FDP gefährdende Versuch des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Riemer, den Beschluß des Parteitags nochmals zu verzögern, klar abgeschlagen wurde. Die FDP hat die falsche These, die beste Medienpolitik sei keine Medienpolitik, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Der Bundesinnenminister wird so in die Lage versetzt, möglichst schnell einen Entwurf für das Presserechtsrahmengesetz vorzulegen. Jede weitere Verzögerung hätte von der SPD, die nun schon ein Jahr in pressepolitischen Fragen Zurückhaltung üben muß, nicht mehr akzeptiert werden können. Jetzt ist der Weg frei für die große medienpolitische Debatte im Jahre 1974.

Dem nun beschlossenen FDP-Medienpapier ist neidlos zuzuerkennen, daß es die ausgeführteste und fortschrittlichste Konzeption für Rundfunkfragen enthält, die eine Partei bisher vorgelegt hat. Hier kam der FDP zustatten, daß sie zwei Jahre nach der SPD beschließen und so die Ergebnisse der Diskussion der letzten beiden Jahre verwerten konnte. Nachdem der Parteitag auch noch die etwas exzentrische Forderung nach starker Berücksichtigung von Hörervereinigungen in Rundfunkräten - eine Forderung, die beim heutigen Stand der Hörervereinigungen in der Bundesrepublik nicht zu rechtfertigen gewesen wäre - gestrichen hat, kann man sagen: Die Konzeption der Freien Demokraten für die Rundfunkpolitik wird den Länderparlamenten für einige Legislaturperioden ausreichend Stoff zu intensiver Arbeit geben.

Über den pressepolitischen Teil, insbesondere über die Regelung

gen zur Fusionskontrolle auch in einer neuen, jetzt verabschiedeten Form, wird es eine lebhaftere Diskussion geben, als über die Rundfunkpolitik. Trotzdem: hier liegen diskutabile Vorschläge auf dem Tisch. Begrüßenswert ist insbesondere, daß die Freien Demokraten dem Presserat in besonders schweren Fällen unausgewogener Berichterstattung (gemeint ist wohl: bei Lokalmonopolen) das Recht geben wollen, einen Darstellungsanspruch in angemessener Frist durchzusetzen. Auch die Überlegungen zu einer neuen Journalistenausbildung, die Theorie und Praxis auf neue Weise verbindet, sind bemerkenswert und fortschrittlich.

Zu bedauern ist lediglich, daß der Parteitag den ausgewogenen und vernünftigen Antrag des Bezirks Hessen-Nord abgelehnt hat, mit dem deutlich gemacht werden sollte, daß die FDP keine Mitbestimmungsprivilegien für Redakteure will, und daß der Tendenzschutz im Betriebsverfassungsgesetz reformiert werden soll. Zwar wissen wir durchaus zu würdigen, daß der Parteitag der Freien Demokraten auch umgekehrt keine lautstarke und plakative Unterstützung des Tendenzschutzes in seiner heutigen Form beschlossen hat. Die FDP hat das Problem einfach ausgeklammert. An diesem Punkt wird in ebenso freundschaftlichen wie entschiedenen Koalitionsgesprächen deutlich gemacht werden müssen, daß vor allem für die wirtschaftliche Mitbestimmung in Zeitungsbetrieben zwar keineswegs eine ersatzlose Streichung des Tendenzschutzes, wohl aber eine abgewogene Reform dieses Paragraphen im Betriebsverfassungsgesetz notwendig ist.

Der Bundesminister hat in der medienpolitischen Debatte des Parteitages über weite Strecken geschwiegen; man wird davon ausgehen können, daß er nun bald umso entschiedener - mit einem Gesetzentwurf nämlich - sprechen wird. Die FDP hat sich auf dem Gebiet der Medienpolitik als soziale Reformpartei erwiesen.

(-/15.11.1973/ks/ex)

+ + +

Fußball-WM 1974 im Blickpunkt  
-----

Solidaritäts-Boycott kommunistischer Staaten?

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Druck, Maximalforderungen und die Inanspruchnahme von besonderen politischen Privilegien haben dem Weltsport bisher nur geschadet. Dies hat sich in sehr massiver Form bei den Olympischen Spielen 1972 gezeigt und gilt auch für die bevorstehende Fußball-Weltmeisterschaft 1974 in der Bundesrepublik Deutschland.

Das in den letzten Tagen vielfach deutlich gewordene Verständnis für die Moskauer Sportführung, das WM-Qualifikations-Rückspiel am 21. November nicht im Stadion von Santiago de Chile austragen zu wollen, ist durchaus berechtigt. Ebenso hätte man aber erwarten können, daß die UdSSR einen Kompromiß für die Austragung dieser Begegnung in einem anderen Stadion von Chile aus rein sportlichen Gesichtspunkten akzeptiert. Mit der Ablehnung hat die UdSSR Vermutungen genährt, sie habe auch wegen der sportlich sehr ungünstigen Ausgangslage nach dem 0 : 0-Hinspiel in Moskau und den damit verbundenen geringen Chancen für eine WM-Qualifikation ein Höchstmaß an politischen Forderungen gestellt.

Da der Sport im allgemeinen Weltgeschehen keinen "exterritorialen Charakter" besitzt, müssen sich die internationalen Sportorganisationen auch mit Problemen dieser Art auseinandersetzen. Vor ähnliche Auseinandersetzungen sah sich das Internationale Olympische Komitee schon wiederholt gestellt. Die unmittelbar vor den Olympischen Spielen 1956 und 1968 ausgebrochenen Ereignisse in Ungarn und der CSSR sowie der Mordanschlag arabischer Terroristen auf israelische Sportler im Olympischen Dorf 1972 in München sind nur einige gravierende Beispiele.

Ungeachtet der zu erwartenden Sondersitzung des Exekutivkomitees der FIFA ist der faktische Ausschluß der UdSSR von der Teilnahme an der WM-Endrunde 1974 ein hochrangiges sportpolitisches Problem. Nicht nur aus sportlich begründeten Gesichtspunkten wäre es wünschenswert gewesen, die Mannschaft der UdSSR bei der Fußball-WM 1974 in der Bundesrepublik Deutschland zu Gast zu haben.

Bleibt es bei dem jetzt letztlich durch die UdSSR mitbewirkten vorzeitigen Ausscheiden, würde neben DDR und Polen auch Bulgarien aus dem Bereich der Länder teilnehmen, die der UdSSR in besonderer Weise verbunden sind. Es bleibt zu hoffen, daß aus Trotzreaktionen und falsch verstandenen Solidaritätsbekundungen die DDR, Polen und Bulgarien nicht um ihre Teilnahme an den WM-Endrundenspielen 1974 gebracht werden.

Eine solche Haltung wäre durch nichts zu rechtfertigen und würde nicht nur den Weltsport, sondern auch den Beziehungen der UdSSR zur Bundesrepublik Deutschland schweren Schaden zufügen. Es erübrigt sich fast der Hinweis, daß ein evtl. Fernbleiben der DDR, Polen und Bulgarien das Interesse der dortigen Sportler und der Bevölkerung grüblich mißachtet würde.

Unbeantwortet bleibt bisher noch die Frage, ob in den Auseinandersetzungen zwischen Santiago de Chile, der FIFA in Zürich und Moskau nicht doch noch ein für alle Seiten tragbarer Kompromiß erzielt werden kann.

(-/15.11.1973/bgy/ex)

# frau und gesellschaft

AUSGABE NR. 44

Bonn, den 15. November 1973

## Aus der parlamentarischen Arbeit

**Kinder ausländischer Arbeitnehmer:** Um die Ausbildung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer ging es in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages im Oktober. Der SPD-Abg. Franz Josef Zebisch bat um Auskunft darüber, welche Maßnahmen die Bundesregierung zur Verwirklichung ihres Aktionsprogramms vom 6. Juni 1973 zur Verbesserung der Ausbildung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer plane. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Fred Zander antwortete, daß die Bundesregierung bereits vor der Verabschiedung des Aktionsprogramms zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer vom Juni 1973 vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen ausländischer Kinder und Jugendlicher eingeleitet habe. Die Maßnahmen seien im Zusammenhang mit den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für die schulische Förderung ausländischer Kinder zu sehen. Die Länder würden von der Bundesregierung unterstützt und zwar durch Modellversuche und Projekte der Bildungsforschung.

Dabei geht die Bundesregierung davon aus, wie Staatssekretär Zander betonte, daß sowohl die Eingliederung in das deutsche Schulsystem als auch die Förderung der Rückkehrfähigkeit durch muttersprachlichen Unterricht gleichrangige Ziele darstellen. Obwohl die Doppelnatur der bildungspolitischen Zielsetzung - Förderung der Eingliederung, aber auch Offenhalten der Rückkehr - große schulische und psychologische Probleme aufwirft, kann mit einer Verbesserung der Bildungschancen auch ausländischer Kinder gerechnet werden.

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz legt die Bundesregierung bei ihren Förderungsmaßnahmen besonderes Gewicht auf solche Projekte, die das Einleben und die Eingliederung in das deutsche Schul- und Bildungswesen erleichtern. Diese Hilfe ist nämlich auch für diejenigen Kinder und Jugendlichen von Bedeutung die nach einigen Jahren in ihr Heimatland zurückkehren werden. Es wäre dem einzelnen gegenüber wie sozialpolitisch falsch, diese Kinder im Hinblick auf eine erwartete Rückkehr für mehrere, entscheidende Jahre ihrer Entwicklung einer gettoartigen Isolierung auch im Bildungswesen zu unterwerfen. Bei der wachsenden Zahl ausländischer Arbeitnehmer erweisen sich außerhalb der Schule, in Familie und Nachbarschaft liegenden Kräfte nationaler Sprache, Kultur und Tradition als starkes Gegengewicht, um in Verbindung mit schulischer Sondermaßnahmen (beispielsweise muttersprachlicher Unterricht) auch die Fähigkeit zur Wiedereingliederung über längere Zeit zu erhalten.

Der Parlamentarische Staatssekretär nannte in diesem Zusammenhang einige Beispiele von den von der Bundesregierung geförderten Maßnahmen:

- Entwicklung eines Medienprogramms "Deutsch für Ausländer" durch das Institut für Film und Bild in München in Verbindung mit anderen Institutionen;
- Modellprogramme zur Fortbildung von Lehrern für den Unterricht von ausländischen Kindern;
- Modellprogramme mit verschiedenen Organisationsformen und Arbeitsverfahren zur Vorbereitung ausländischer Kinder auf die Eingliederung in den regulären Unterricht;
- Programme der Hausaufgabenhilfe, die zugleich deutsche und ausländische Kinder und Familien zusammenführen sollen;
- Modellversuche in der beruflichen Bildung, zum Beispiel ein einjähriger Förderkurs bei gleichzeitiger Teilzeitbeschäftigung im Betrieb zur Vorbereitung auf ein Ausbildungsverhältnis.

Die Förderung erfolgt zum Teil durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, zum Teil durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in Zusammenarbeit mit den Ländern im Rahmen eines Programms der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung.

Abschließend wies der Parlamentarische Staatssekretär darauf hin, daß auch im Bildungsgesamtplan die ausländischen Kinder und Jugendlichen bei allen Planungen berücksichtigt worden sind. Man kann davon überzeugt sein, daß die von Bund und Ländern begonnene Bildungsreform gerade den ausländischen Kindern und Jugendlichen helfen wird, ihre Lebenschancen in der Bundesrepublik wahrzunehmen.

Unfallversicherungsschutz für Kleinstkinder: Um die Ausweitung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes für Kinder ging es in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages. Der SPD-Abg. Dr. Uwe Holtz fragte an, ob die Bundesregierung die Absicht habe, den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz, der für Kinder in Kindergärten, Schulen und Studenten seit 1971 besteht, auch auf Kinder in Kinderkrippen, Krabbelstuben und Kinderbetreuungsstätten auszudehnen. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Helmut Rohde, gab bekannt, daß die Bundesregierung gegenwärtig prüfe, wie der gesetzliche Unfallschutz auch auf Kinder in Kinderkrippen, Krabbelstuben und Kinderbetreuungsstätten ausgedehnt werden könne. Dabei sollen die guten Erfahrungen genutzt werden, die mit der Unfallversicherung für Schüler, Studenten und Kindergartenkinder seit ihrer Einführung im Jahre 1971 gemacht wurden. Vorab müssen jedoch noch insbesondere die hiermit zusammenhängenden Finanzierungsfragen geklärt werden, entsprechende Gespräche mit den Ländern würden demnächst geführt werden.

#### Kurz berichtet

Entschließung zum Staatsangehörigkeitsrecht: Der Juristinnenbund, Vereinigung der Juristinnen, Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen e.V., hat auf seiner Tagung in München (vgl. Frau und Gesellschaft Nr. 40,41) die folgende Entschließung angenommen:

"Der Juristinnenbund ist der Auffassung, daß § 4 Abs. 1 Satz 1 RuStAG verfassungswidrig ist. Er fordert die Bundesregierung auf, alsbald einen Entwurf zur Änderung dieses Gesetzes vorzulegen, nachdem künftig auch die ehelichen Kinder einer deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters stets mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Für die nach dem 1. April 53, aber vor dem Inkrafttreten des Änderungsgesetzes geborenen Kinder ist eine Übergangsregelung vorzusehen. Dabei ist davon auszugehen, daß diese Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erworben haben."

In der Begründung wird darauf hingewiesen, der Juristinnenbund habe bereits 1950 als Verfassungsgebot die Änderung dieses Paragraphen dahingehend gefordert, daß die Kinder einer deutschen Frau und eines nichtdeutschen Vaters mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Der Juristinnenbund hält an dieser Auffassung fest, eine Meinung, die inzwischen auch vom Bundesverwaltungsgericht und vom Bundesgerichtshof vertreten wird.

Nach geltendem Recht, so wird in der Begründung ausgeführt, erhält das eheliche Kind eines deutschen Vaters und einer nichtdeutschen Mutter unabhängig von seinem Geburtsort oder gewöhnlichen Aufenthalt immer die deutsche Staatsangehörigkeit. Die ehelichen Kinder einer deutschen Mutter sind nur dann Deutsche, wenn das Kind sonst staatenlos würde. Wegen der Verfassungswidrigkeit dieser Bestimmung, so wird in der Begründung ausgeführt, sei es erforderlich, durch eine Übergangsregelung klarzustellen, daß nach dem 1. April 1953, aber vor dem Inkrafttreten des Änderungsgesetzes geborene Kinder einer deutschen Mutter und eines nichtdeutschen Vaters in jedem Fall die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt rückwirkend erworben haben.

Eine Regelung, die diesen Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag verleihen würde, führt fast regelmäßig zum Verlust der vom Vater abgeleiteten Staatsangehörigkeit und damit zu einem weiteren Verstoß gegen das Gleichberechtigungsgebot unserer Verfassung. Darüber hinaus würde der Antrag des Kindes dann nicht zum Zuge kommen können, wenn Voraussetzungen des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit die Entlassung aus dem fremden Staatsverband ist.

Eine Einschränkung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit auf Kinder, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik haben, benachteiligt die Kinder deutscher Mütter gegenüber Kinder deutscher Väter und trägt der Freizügigkeit und zunehmenden Mobilität der Bevölkerung nicht Rechnung.